№ 508 Morgen-Ausgabe
A 215

Berlin

Sonnabend, 25. Oktober 1924

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Musikblatt, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Mark (dazu 75 Pfennig Bestellgeld) kein Anspruch auf Rückzahlung

Durch die Post monatlich 4.80 Mark Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik Anzeigenpreise in Goldmark mm-Zeile 25 Pfg., Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfg Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Staatsstreich in Peking.

Japanisches Eingreifen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbo **London**, 24. Oktober.

Ueber die Vorgänge in Peking gibt das Reuterbüro folgenden Bericht aus: Die Bevölkerung lag im tiefen Schlafe, niemand erwartete den Staatsstreich, der heimlich, ruhig und mit dem dramatischen Element der Ueberraschung durchgeführt wurde. Eine Gruppe chinesischer Generale, die entschlossen waren, den Bürgerkrieg zu einem Ende zu bringen, hat Fenghusiang veranlaßt, nach Peking zurückzukehren, während die anderen die nötigen Maßnahmen ergriffen, um Wu-Pei-Fu daran zu hindern, von der mandschurischen Front nach Peking zu kommen. Die Truppen Fenghusiangs in Stärke von 40 000 Mann, die sogenannte christliche Division, verließen das Lager ruhig, erreichten gestern nacht die Vorstädte von Peking, und heute in den ersten Morgenstunden wurden ihnen die Tore geöffnet. General Fenghusiang schritt sofort alle Verbindungen mit der Außenwelt ab und besetzte die öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel. Der Finanzminister und der Staatschef wurden verhaftet, die übrigen Minister sind geflüchtet. Der Präsident ist in seinem Palast von christlichen Truppen umzingelt, aber man hat keinen Anlaß, für sein Leben zu fürchten. Fenghusiang und einige andere Generale haben einen großen Aufruf erlassen, in dem sie darauf hinweisen, es sei eine Schande, daß die chinesischen Truppen seit 1911 nichts anderes zu tun hätten, als gegeneinander Krieg zu führen. Niemand wisse unter den Offizieren und Soldaten, warum eigentlich der Bürgerkrieg im Gange sei, und wo die Drahtzieher sitzen. Fenghusiang und die Mitunterzeichner des Aufrufes seien entschlossen, eine nationale Armee zu bilden, die nur die einzige Aufgabe haben soll, die Ordnung in China aufrecht zu erhalten und die Wohlfahrt des Landes zu schützen.

Nach japanischen Meldungen ist der Präsident gleichfalls aus Peking geflohen. Der Staatsstreich hat sich vollständig ruhig vollzogen, ohne daß in irgend einem Teile der Stadt auch nur ein einziger Schuß abgefeuert worden ist. Unkontrollierbare Meldungen aus Mukden berichten, daß einige Generale des mandschurischen Heeres gleichfalls im Begriffe seien, einen Staatsstreich gegen ihren Führer Tschang-Tso-Lin auszuführen, um durch die Beseitigung der Führer auf beiden Seiten das Ende des Bürgerkrieges zu beschleunigen. Das japanische Kabinett hat heute beschlossen, in die Ereignisse eingreifen. Mehrere Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, nach China auszulaufen. Von Port Arthur aus sind zwei Torpedobootszerstörer nach Tientsin entsandt worden. Ein Bataillon Infanterie wird von Port Arthur ohne Angabe des näheren Bestimmungsortes nach Nordchina abgehen, um dort die japanischen Interessen wahrzunehmen. Zweihundert Mann japanische Infanterie sind bereits nach Schanhaikwan unterwegs.

Da die meisten Minister außerhalb Londons im Wahlkampf sich befinden, ist die neue Lage in China noch nicht Gegenstand offizieller Beratung des englischen Kabinetts gewesen, aber es hat heute ein vertraulicher Meinungsaustausch unter den Sachverständigen für ostasiatische Fragen stattgefunden, da man in englischen Kreisen der Ansicht ist, daß ein Eingreifen Japans eine energische amerikanische Gegenaktion zur Folge haben wird. Da die republikanische Partei in den Vereinigten Staaten sich im Wahlkampfe besonders energisch für die Vertretung des amerikanischen Standpunktes in ostasiatischen Fragen gegenüber Japan eingesetzt hat, ist es unwahrscheinlich, daß am Vorabend der amerikanischen Wahlen das republikanische Kabinett untätig zusehen würde, wenn das politische Gleichgewicht in Ostasien zugunsten Japans verschoben würde. Begreiflich, daß man in London trotz aller Wahlsorgen die Dinge in China mit Spannung verfolgt.

Pariser Phantasien.

Das W. T. B. verbreitet folgende halbamtliche Meldung:

Der Berliner Korrespondent des „Journal" beschäftigt sich in einer längeren Meldung erneut mit angeblichen Verstößen, die in Deutschland gegen die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages begangen sein sollen. Die von ihm hierbei gestellten sieben Fragen, die offensichtlich ein Glied in der seit einiger Zeit von gewissen ausländischen Zeitungen betriebenen systematischen Hetze gegen Deutschland darstellen, sollen im folgenden klar und deutlich beantwortet werden.

Die Behauptung, daß bei den diesjährigen Manövern der Reichswehr jede Kompagnie über 14 Offiziere und 16 Offiziersaspiranten in Spezialuniform verfügt habe, ist ebenso erlogen, wie die weitere Behauptung, daß während der Manöver elektrische Spezialapparate für die Zerstörung von Tanks verwendet worden seien. Jedermann weiß, daß solche Apparate in das Reich der Fabel gehören. Auf das bereits hinreichend gekennzeichnete Märchen von gemeinsamen Manövern der deutschen Flotte mit einem russischen Geschwader der nördlichen Ostsee noch einmal einzugehen, erübrigt sich. Die Gießereien, die früher zur Herstellung der größten Geschütze dienten, sind bereits vor Jahren entsprechend der Anordnung der Interalliierten Militär-Kontrollkommission von der Firma Krupp zerstört worden. Die Kontrollkommission hat denn auch keinerlei Anlaß zu Beanstandungen in diesem Punkte gehabt. Der phantastische Berichterstatter scheint kein Empfinden dafür zu haben, ein wie schlechtes Zeugnis er mit seiner absurden Behauptung, daß die Kruppwerke seit einiger Zeit entgegen den Abrüstungsbestimmungen Kanonen von 30,5 und 34 Zentimeter herstellen, der Kontrollkommission ausstellt. Damit beantwortet sich die Frage, ob die Firma Krupp eine ausdrückliche Ermächtigung von der Reichsregierung zur Herstellung solcher Kanonen eingeholt und ob die Reichsregierung diese erteilt habe, von selbst.

Die Frage wegen des Bestehens von Romanusunterständen und deren Verwendung als Spezialunterstände für schwere und ertrafschwere Artillerie ist völlig unverständlich. Irgendwelche Beanstandungen der jetzigen Schießplatzeinrichtungen durch die Kontrollkommission liegen nicht vor. Unrichtig ist schließlich auch, daß deutsche Verbindungsoffiziere unter Berufung auf einen Befehl der Reichsregierung sich der Inspektion der Schichau-Werft bei Elbing widersetzt hätten.

Steuerskandal in Amerika.

Eigener Funkdienst der „Vossischen Zeitung".

k **New York, 24. Oktober.**

Entsprechend den Bestimmungen des neuen Gesetzes sind heute zum erstenmal die Einkommensteuererklärungen hier öffentlich aufgelegt worden. Daraus ergibt sich zunächst, daß Henry Ford, der große Automobilfabrikant, das höchste Einkommen in den Vereinigten Staaten besitzt. Er hat für das vergangene Jahr nicht weniger als 19 Millionen Dollar versteuert. Erst im großen Abstande hinter Ford folgt Rockefeller mit „nur" 7½ Millionen Dollar und wieder in großem Abstande hinter Rockefeller der Bankier Lamont, der bekannte Partner Morgans, der nahezu eine Million Dollar als Jahreseinkommen angegeben hat. Es folgen dann Zahlen, die in den Vereinigten Staaten große Verwunderung erregt haben. Morgan hat sein Einkommen mit lediglich 100 000 Dollar beziffert, der bekannte Bankier Otto Kahn das seine mit 200 000; der Eisenbahnkönig Harriman sogar nur mit 10 000 Dollar. Dagegen hat man aus den Einkommensteuerlisten die Existenz bisher völlig unbekannter Multimillionäre erfahren. Zu diesen Multimillionären gehören — was nicht überraschend wird — mehrere Filmstars. In den Steuerlisten erscheint auch Hugo Stinnes junior mit 114 Dollar. Alle diese Zahlen werden in der Oeffentlichkeit erregt erörtert. Unter dem Regime des Präsidenten Coolidge ist die steuerliche Belastung des Großkapitals nahezu auf die Hälfte ermäßigt worden. Schon daraus ergeben sich geradezu groteske Verhältnisse. Man kann es durchaus verstehen, wenn das amerikanische Volk wütend darüber ist, daß z. B. der Stahlkönig Schwab trotz eines vielfach so hohen Einkommens weniger Steuern zahlt als der Sänger Schaljapin, der Bankier Morgan weniger als der Boxer Dempsey, und daß sich überdies die Großkapitalisten vielfach schlimmer Steuerhinterziehungen schuldig gemacht haben. Man spricht davon, daß mehreren Multimillionären Verhaftung und Gefängnisstrafe wegen Steuerhinterziehung droht. Das allgemeine Gefühl ist, daß ein ungeheurer Steuerskandal heraufzieht.

Die Schlacht im Siebengebirge.

Von

Karl Brammer.

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Herr v. Campe, hat in seiner letzten Landtagsrede auf die erfreulichen Wirkungen einer einmütigen Volksgesinnung hingewiesen. Er hat dabei u. a. Oberschlesiens und der besetzten Gebiete im Westen gedacht. Dieser Hinweis des volksparteilichen Redners ist angesichts der Dezemberwahlen äußerst wertvoll. Es muß an dem als utopistisch verschrienen Gedanken der Volksgemeinschaft doch etwas daran sein, wenn er sich gerade bei der Kernfrage der Aufrechterhaltung der Reichseinheit so hervorragend bewährt hat. Und er hat sich in der Tat bewährt. Es ist gerade jetzt nützlich, gewisse Erinnerungen daran aufzufrischen, denn in diesen Oktoberwochen jährt sich die Erinnerung an die Sturmtage rheinischer Not.

Rheinische Erinnerungen sind heute um so notwendiger, weil gewisse Kreise die ganze Größe der Gefahr, in der das Rheinland damals schwebte, anscheinend auch jetzt noch nicht begriffen haben. Niemals seit 1918-19 hatte das Frankreich Poincarés eine günstigere Gelegenheit, das Rheinland vom Reich zu trennen, als im Oktober 1923. Der verlorene Ruhrkampf hatte überall eine erklärliche Stimmung tiefster Niedergeschlagenheit geschaffen. Die allgemeine Depression im Rheinland war weit größer als 1918, denn 1918 verband sich mit dem Gedanken an eine trübe Zukunft doch wenigstens die Hoffnung auf den Frieden. Im Oktober 1923 aber kannte man aus jahrelanger Besatzungszeit die Machtmittel und die politischen Ziele Poincarés. Wer damals das Land bereiste, fand schlimme Zeichen, Zeichen tiefster Hoffnungslosigkeit. In gewissen Gegenden, z. B. in der Eifel, sah es geradezu trostlos aus, und ein unbefangener Beobachter mußte ernstlich zweifeln, ob sich angesichts der damaligen politischen Lage das Land beim Reich halten ließ. Die Vorarbeit und die Mitarbeit der französischen Befehlshaber beim Separatistenputsch war verteufelt geschickt gewesen. Und doch — das Wunder geschah: das rheinische Volk schüttelte die Herrschaft der mit Franzosen und Belgiern verbündeten Separatistenbanden ab.

Und um es genauer zu sagen: diese rheinischen Befreier, das waren im wesentlichen die in den Freien und in den Christlichen sowie in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gesammelten Arbeiter und Angestellten. Gewiß: auch die Aachener Studenten haben tapfer gekämpft, auch Angehörige der Rechtsparteien haben am Befreiungswerk teilgenommen, aber in der Hauptsache sind es, wie es ja bei den politischen Verhältnissen im Rheinland auch nicht anders sein konnte, Angehörige der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie gewesen, die damals tatkräftig ihre Heimat befreit haben.

Was im Herbst 1923 geleistet wurde, das harrt noch der Anerkennung durch die Historiker. Damals blieb aus politischen Gründen manches besser verschwiegen, aber seit wäre es langsam an der Zeit, die rheinischen Freiheitskämpfer, zum Beispiel die entscheidende Schlacht im Siebengebirge, zu schildern. Jetzt könnten auch amtliche Stellen eine Zurückhaltung aufgeben, die politische Gegner nur in ihrem Interesse ausnutzen. Noch vor kurzem ist von führender Seite in einer großen rheinischen Stadt voll herzlicher Anerkennung der klugen Ratschläge und der zweckmäßigen Maßnahmen gedacht worden, mit denen damals u. a. der Reichspräsident und der sozialdemokratische preußische Innenminister den Rheinländern geholfen haben.

Das sollte um so weniger verschwiegen werden, weil eine Geschichtsfälschung dadurch vorbereitet wird, daß die Blättchen und die ihnen nahestehenden Kreise in ihre Blättern mit den angeblichen völkischen Heldentaten nicht genug prahlen können. Wir erleben das Gleiche wie beim passiven Widerstand, der, wie alle Kenner der Verhältnisse bezeugen können, durchaus nicht so passiv war, wie die Scharfmacher von rechts, die in der großen Mehrzahl recht weit vom Schuß saßen, behauptet haben. Mit den „aktiven" meist wirkungslosen Dummheiten ist dafür um so größerer Lärm geschlagen worden. Nichtsdestoweniger bleibt wahr: auch der Ruhrkampf ist im großen und ganzen von den Arbeitern und Angestellten an Rhein und Ruhr ausgefochten worden, und sie haben vor allen Dingen auch die traurigen Wirkungen der Niederlage am eigenen Leibe spüren müssen.

Gemeinsame Not bindet. Der Ruhrkampf und der Befreiungskampf am Rhein waren das beste Bindemittel für eine Volksgemeinschaft am Rhein und an der Ruhr. Der gegenwärtige Reichskanzler ist Rheinländer und hat sicherlich die Not seiner Heimat aufs allertiefste mitempfunden. Ihm war die Volksgemeinschaft nicht eine blasse Utopie, nicht nur eine platonische Liebe. Wahre Volksgemeinschaft wird nämlich nicht durch Fraktionsbeschlüsse geschaffen, wahre Volksgemeinschaft wächst aus den harten Notwendigkeiten der politischen Lage. Was bestimmten Parteien als Utopie erscheint, nämlich das Zusammengehen mit der Sozial-